Südschleswigscher Wählerverband

SSW

Pressemitteilung
Nr. 114/2025
Kiel, 26.05.2025

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 76
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

Politische Verantwortung ja - Populismus nein

Zu einem Bericht der dpa über die Forderung des Steuerzahlerbundes nach einer persönlicher Haftung von Politikerinnen und Politikern im Zusammenhang mit der Northvolt-Förderung erklärt Christian Dirschauer, Vorsitzender und finanzpolitischer Sprecher der SSW-Landtagsfraktion:

Die Forderung nach persönlicher Haftung von Politikerinnen und Politikern ist purer Populismus – und steht dem Steuerzahlerbund nicht gut zu Gesicht. Demokratisch gewählte Parlamente entscheiden im Rahmen von Recht und Gesetz – auf Basis von Informationen, Abwägungen und Prognosen. Dass sich nicht jede dieser Prognosen erfüllt, ist kein Skandal, sondern Teil politischer Realität. Entscheidend ist, ob sorgfältig geprüft, transparent gehandelt und bei Problemen konsequent nachgesteuert wurde. Genau das wird im Fall Northvolt derzeit umfassend aufgearbeitet.
Gerade in Zeiten multipler Krisen braucht es politischen Mut, Verantwortung zu übernehmen – auch unter Unsicherheit. Wer persönliche Haftung verlangt, bekommt nicht bessere Entscheidungen, sondern am Ende gar keine mehr. Denn unter der Drohung privater Regressforderungen wird niemand bereit sein, notwendige, aber risikobehaftete Projekte überhaupt noch anzuschieben.
Dass selbst der Steuerzahlerbund die rechtlichen und politischen Grenzen dieser Forderung einräumt, spricht Bände. Umso unverständlicher ist es, sie dennoch zu erheben. So entsteht der Eindruck, dass es hier weniger um Aufklärung als um Stimmungsmache geht.